

Eingangsrede zur Preisverleihung

Liebe Gäste,

Liebe Mitglieder des Flüchtlingsrats,

Sehr geehrter Herr Grotian,

Liebe Freundinnen und Freunde des Flüchtlingsrats,

ich freue mich sehr euch alle heute begrüßen zu können. Wir sind alle heute hier um einen Preis zu vergeben. Dieser Preis hat eine große Bedeutung für uns als Flüchtlingsrat. Es ist der Dr. Matthias Lange Fluchthilfepreis.... mehr über den diesjährigen Preisträger werden wir später hören in der Laudatio von Frau Dr. Alema Alema, ehemalige stellv. Ministerin des Friedensministeriums in Afghanistan.

Dr. Matthias Lange starb 2006 im Alter von 56 Jahren, er war Mitbegründer des Göttinger AK Asyl und hat sich beim Flüchtlingsrat Niedersachsen und bei ProAsyl massiv engagiert.

Er hat es verstanden von seinen Kenntnissen aus der Praxis einen großen Bogen zum Nachdenken über die Flüchtlingspolitik zu schlagen.

Viele Entwicklungen hat er vorhergesehen, manche hat er als Erstes formuliert.

Es ist so, dass ich jedes Mal zur Vorbereitung auf diesen Preis mich nochmals in die Texte von Matthias Lange verliere und auch sehr beeindruckt bin, was er damals geschrieben hat, auch unter anderem mit vielen Koautoren, die auch heute noch publizieren. Und wie jedes Jahr oder mit jedem Mal entdecke ich Parallelen zu den heutigen weltpolitischen Themen und Flüchtlingsbewegungen.

Themen, die mit der Fluchthilfe im Zusammenhang stehen, heute ganz im Zeichen der Afghanen und Afghanninnen, daher will ich in meiner Rede möglichst zuerst auf andere Bereiche der Flüchtlingspolitik eingehen, die uns beschäftigen.

Mir fällt es schwer eine Gewichtung der Themen und Bewegungen vorzunehmen, da aus migrationspolitischer Sicht alle Gruppen das Recht haben anerkannt zu werden und Schutz zu genießen.

Natürlich müssen wir uns mit dem Ukraine-Russland-Krieg befassen....

und auch mit der unglaublich hohen Zahl der neu ankommenden Geflüchteten nach Deutschland.

Umso wichtiger ist es, dass wir auch ein Auge darauf haben, dass bald in Niedersachsen eine Wahl des Landtages stattfinden wird.

Indem wir die Hoffnung haben, dass wir maßgeblich dazu beitragen können, dass sich Stellschrauben bewegen lassen für die weitere niedersächsische Flüchtlingspolitik, die wir unterstützen können.

Wir haben weiterhin eine Situation an den Außengrenzen, die massiv gegen Menschenrechte verstößt, auf dem Balkan, in Griechenland, in Italien mittlerweile auch an den Grenzen zwischen Polen und andere östlichen Grenzen. Aber auch die Situation am Ärmelkanal, die unsägliche Idee Abschiebungen und Asylverfahren nach Ruanda vorzunehmen von Großbritannien und Dänemark, die uns beschäftigen und umtreiben.

Das Ausmaß an Polizeigewalt, welches nicht aufzuhören scheint und deren Aufklärung uns zu lange dauert.

Matthias Lange hat beschrieben, dass das Grundrecht auf Asyl weiterhin Gefahr läuft untergraben zu werden und dass es unserer täglichen wichtigen Arbeit bedarf. Nur ein Blick in die aktuelle Tageszeitung oder auch ein Blick auf unsere Homepage zeigen, dass die Arbeit des Flüchtlingsrates Niedersachsen, die Arbeit aller hauptamtlichen sowie ehrenamtlichen Mitarbeitende in den letzten Jahren nicht weniger wichtiger geworden ist. Was Dr. Matthias Lange bereits vor über 20 Jahren festgehalten hat, hat leider noch heute eine volle Gültigkeit.

Landespolitisch beschäftigt uns das ständige Gerangel um Gelder und Fördermittel, um die Existenzängste des Vereins, um seine Mitarbeiterinnen im Flüchtlingsrat, die nicht sicher wissen, ob der Arbeitsvertrag verlängert werden kann, weil wieder darum gestritten wird, ob ein gewisses hervorragendes Projekt oder eine gewisse Förderrichtlinien in Anspruch genommen werden kann oder ausläuft oder weitergeführt wird. Ob diese nahtlos weiterläuft oder ob man damit rechnen muss den Arbeitsplatz für einige Monate zu verlieren. Diese Arbeitsplätze in unserem Flüchtlingsrat sind aber die wichtigsten Bausteine unseres Vereins und sind es auch aus Sicht von Dr. Matthias Lange.

In einem Text heißt es von ihm, dass das Geschlecht weiterhin kein Asylgrund ist. Leider kann das heute immer noch unterschrieben werden. Zudem steht in einem Artikel, dass weiterhin auch das Asylbewerberleistungsgesetz von der Bundesregierung nicht infrage gestellt wird. Auch das Arbeitsverbot für neu in Deutschland zugewanderte Flüchtlinge wurde bislang nicht aufgehoben - auch das gilt Jahrzehnte später noch.

Dann geht es weiter in einem Artikel um das Flughafenverfahren, das wir leider immer noch haben und die geplante Überprüfung der Abschiebungshaft im Lichte der Verhältnismäßigkeit bleibt ebenso ergebnislos wie die vage Willensbekundung das Ausländergesetz zu prüfen. Ich würde das leider auch heute immer noch unterschreiben.

Weiterhin wird die Situation von Flüchtlingen in den Lageberichten des auswärtigen Amtes verharmlost. Wir sehen das am Beispiel Afghanistans und haben bis zuletzt kurz vor einer Übernahme der Taliban noch miterleben müssen, dass nach Afghanistan abgeschoben wird. Wir sehen das auch bei den Lageberichten, die andere Länder angehen. Wir haben im Moment viele Krisenherde, wie etwa in Äthiopien, Eritrea und Äthiopien, Mali, Sierra Leone, Sudan, der neu aufgeflammete Konflikt zwischen Armenien und Aserbaidschan und die Situation der Kurden.

In einem Text schreibt Mathias, dass die Menschenrechte als Leitlinie für die innenpolitische Migrationsdiskussion abgedankt haben. Es gehe um die Einrichtung eines europäischen Kontrollsystems über Räume, Märkte und Migrationsverläufe.

Wohl wahr!

Der Angriffskrieg auf die Ukraine verdeutlicht uns allen erneut und auf eindringliche Weise, dass die Aufnahme von Geflüchteten eine Aufgabe und Herausforderung darstellt, der wir uns dauerhaft stellen wollen und auf die die Politik angemessene Antworten entwickeln muss.

Geflüchtete Menschen aus der Ukraine werden auch in Niedersachsen mit offenen Armen empfangen und willkommen geheißen. Im Umgang mit den Kriegsflüchtlingen aus der Ukraine beweisen die deutsche und die niedersächsische Politik ihre Solidarität in beeindruckender Weise. In kürzester Zeit wurden gesetzliche und verwaltungstechnische Maßnahmen ergriffen, um tausenden Opfern von Krieg und Verfolgung unbürokratisch Aufenthaltssicherheit, eine Wohnung, Arbeitsangebote und volle soziale Leistungen zu verschaffen.

Wir begrüßen diese Politik. Allerdings fragen wir uns, warum die ergriffenen Maßnahmen nicht auch auf andere Schutzsuchende angewandt werden, die auf der Flucht vor Krieg und Verfolgung in Deutschland ankommen. Daher fordert der Flüchtlingsrat Niedersachsen von der Bundes- und Landesregierung eine Neuorientierung der Flüchtlingspolitik.

Es wird Zeit, den Reformstau zu überwinden, der in den vergangenen fünf Jahren unter einer großen Koalition auch in Niedersachsen entstanden ist. Dazu gehört, dass Niedersachsen sich als vielfältiges Land definiert, in dem Diversität nicht als Manko, sondern als Stärke begriffen wird. Alle Geflüchteten sollen in Niedersachsen angenommen und wertgeschätzt werden. Unter Bezugnahme auf die konkreten Reformen, die gestartet wurden, um den geflüchteten Menschen aus der Ukraine einen Neustart in Niedersachsen zu erleichtern, und anknüpfend an die in der Koalitionsvereinbarung der Bundesregierung ausgebreiteten Agenda wollen wir die Rechte von Geflüchteten stärken und Bleiberechtigkeitsperspektiven absichern.

An die neue Landesregierung haben wir hohe Erwartungen:

- Wir wollen eine Aufnahmepolitik, die Geflüchtete Willkommen heißt und ihnen nach kurzer Registrierung schnellstmöglich eine gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe (Wohnen, Arbeiten, Partizipation) ermöglicht

- Niedersachsen ist ein offenes Land. Viele Kommunen haben ihre Aufnahmebereitschaft erklärt. Es braucht ein niedersächsisches Aufnahmeprogramm für gefährdete Geflüchtete
- Familien gehören zusammen! Der Familiennachzug muss durch die Ausländerbehörden unterstützt statt aufgehalten und behindert werden.
- Familie ist mehr als die Ehe! So ist beispielsweise in vielen Ländern, aus denen Geflüchtete kommen, keine gleichgeschlechtliche Ehe möglich. Hier braucht es einen Übertrag in das deutsche Rechtssystem und eine Abkehr von der Fixierung auf den Ehebegriff als Grundlage der Familiendefinition, wenn es zum Beispiel um Familiennachzug geht.
- Wir brauchen Mindeststandards zur Gewährleistung von Gewaltschutz – auch für Geflüchtete. Vulnerable Geflüchtete müssen zeitnah identifiziert werden und haben Anspruch auf besondere Hilfen.
- Fragwürdige Beschränkungen der Freizügigkeit (durch Wohnverpflichtungen) und der Beschäftigung (durch Arbeitsverbote) für Geflüchtete lehnen wir ab.
- Die Diskriminierung von Asylsuchenden im Bereich des Leistungsrechts muss ein Ende haben: Alle Geflüchteten – und nicht nur die Vertriebenen aus der Ukraine – müssen einen Anspruch auf Hartz 4/Bürgergeld – Leistungen und gleichberechtigte medizinische Leistungen erhalten.
- Die von der Bundesregierung angekündigte Bleiberechtsregelung muss unbürokratisch und vollständig in Niedersachsen umgesetzt werden. Die Ausländerbehörden sollen die Aufgabe erhalten, Langzeitgeduldete zu unterstützen statt zu behindern und Wege ins Bleiberecht zu eröffnen. Das Asylbewerberleistungsgesetz muss abgeschafft werden.
- Es muss endlich Schluss sein mit überfallartigen Abschiebungen zur Nachtzeit. Familien dürfen durch Abschiebungen nicht getrennt werden. Humanität im Umgang mit Geflüchteten muss wiederhergestellt werden!
- Wir fordern, die Abschiebungshaftanstalt in Langenhagen zu schließen. Solange es sie gibt, müssen Abschiebungsgefangene Anspruch auf eine soziale, medizinische und juristische Beratung und Unterstützung haben. Rechtswidrige Inhaftierungen soll es nicht mehr geben.
- Ungefähr vor einem Jahr, am 15. August 2021, ergriffen die Taliban die Macht über Kabul und damit über ganz Afghanistan. Seitdem spitzt sich die humanitäre und menschenrechtliche Lage im Land immer weiter zu. Weite Teile der Bevölkerung sind von akuter Hungersnot betroffen, die Arbeitslosigkeit wächst, die Preise für Lebensmittel haben sich vervielfacht und die Gesundheitsversorgung ist völlig unzureichend. Hinzu kommen Choleraausbrüche in Zentral- und Südafghanistan.
- Dennoch sehen die Pläne der Ampelkoalition ausschließlich die Aufnahme – eines begrenzten Kreises und einer geringen Anzahl – von Ortskräften bzw. gefährdeten Personen vor. Eine Aufnahme von Afghan:innen mit Angehörigen in Deutschland hingegen ist nicht beabsichtigt.
- Der Flüchtlingsrat Niedersachsen fordert deshalb von der Landesregierung, ein Aufnahmeprogramm für Afghan:innen mit Angehörigen in Niedersachsen zu verabschieden. Ein solches Aufnahmeprogramm gab es in Niedersachsen in der Vergangenheit bereits für Angehörige von Menschen aus Syrien.

Wir erkennen an, dass die Landesregierung durch Gewährleistung einer Migrationsberatung sowie die Bereitstellung von Sprachkursen für alle Asylsuchenden

ohne Ansehen ihres Status wesentliche Bedingungen dafür geschaffen hat, dass ein Neustart in Niedersachsen gelingen kann. Das allein reicht aber nicht, wenn und solange Geflüchtete jahrelang in Unsicherheit über ihr Aufenthaltsrecht gehalten werden. Was jetzt gebraucht wird, ist ein Paradigmenwechsel, weg von ordnungspolitisch motivierten Versuchen einer Reglementierung und Ausgrenzung, hin zu einer Politik der Ermöglichung und des Empowerments.

Um es mit den Worten von Matthias Lange zu sagen:

Hannah Arendt hat von dem Recht, Rechte zu haben, gesprochen, das den Opfern von Verfolgung und Krieg vorenthalten wird. Das Asylrecht ist ein Schritt in die Richtung eines solchen einklagbaren Menschenrechts. Da es dem staatlichen Interesse an Kontrolle und Auslese widerspricht, wird es zur Disposition gestellt. Menschenrechtsverletzung beginnen dort, wo Flüchtlinge vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen und durch die Ausgabe von Sachleistung herabgewürdigt werden, wo ein Hörgerät oder eine notwendige Therapie verweigert wird oder das Leben in der drängenden Enge eines Lagers den Zwecke der Abschreckung erfüllen soll. Menschenrechtsarbeit beginnt mit dem Kampf um die Rechte für Menschen zwischen den Territorien, rechtlich und politisch.

Vielen Dank für ihre Aufmerksamkeit!